

Sitzungsvorlage

für den **Ausschuss für Generationen und Kultur**

Datum: 23.11.2023

TOP: 5 öffentlich

Betr.: Bericht zur Inklusion / politische Partizipation Billerbeck

Bezug:

Höhe der tatsächl./voraussichtlichen **Kosten:**

Finanzierung durch Mittel bei der HHSt.:

Über-/außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von Euro:

Finanzierungs-/Deckungsvorschlag:

Beschlussvorschlag: Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Sachverhalt:

Seit Jahren ist auch die Stadt Billerbeck auf dem Weg, die Interessen von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen. Darüber hinaus müssen sie auch die Möglichkeit bekommen, ihre Interessen gleichberechtigt einbringen zu können. So ist es in der UN-Behindertenrechtskonvention beschrieben. Vor diesem Hintergrund wurde der Zukunftsworkshop am 10.12.2022 durchgeführt. Als erste Bestandsaufnahme konnten alle Teilnehmenden, also interessierte Menschen mit und ohne Behinderungen, selbst einordnen, wie gut eine politische Teilhabe aktuell in der Stadt Billerbeck ihrer Meinung nach schon möglich ist. Die Punkteverteilung beim Workshop ergab folgendes Bild:



Die Partizipationstreppe ist so zu lesen, dass die unterste Stufe einer Alibibeteiligung gleichkommt, also eigentlich keine Partizipation stattfindet. Je höher man die Stufen erklimmt, desto mehr Beteiligung findet statt, bis hin zur optimalen Beteiligung aller Menschen in Billerbeck in einem inklusiven Umfeld. Die meisten Nennungen befinden sich im unteren Mittelfeld. Die politische Partizipation in Billerbeck ist somit noch ausbaufähig.

Die Diskussion dieser Selbsteinschätzung im Rahmen des Workshops zeigte Schwerpunktprobleme auf.

- Informationen kommen bei Menschen mit Behinderungen aktuell nicht an, weil nicht bekannt ist, was gerade kommunalpolitisch passiert und die Website für viele nicht barrierefrei ist
- Wo sind die Menschen mit Behinderungen? Wie erreicht man sie, wenn es kein vollständiges Bild über die Selbsthilfe-Landschaft gibt?
- Es fehlt eine klare Anlaufstelle, da vielfach Inklusion zwar beachtet wird, es für jedes Projekt aber einen eigenen Ansprechpartner gibt.
- Es fehlt an vielen Stellen ein Bewusstsein für die vielfältigen Behinderungen. Bewegungseinschränkungen sind eher sichtbar als Sinnesbehinderungen wie zum Beispiel Blindheit oder Gehörlosigkeit oder Lernschwierigkeiten.

Als Zwischenfazit wurde aber auch festgestellt, dass die Stadt bestehende Beteiligungsvorschriften ohnehin einhält und Projekte behindertengerecht mitdenkt und anstößt. Politische Partizipation über eine Netzwerkarbeit geht aber noch darüber hinaus.

Somit wurde auch festgehalten, dass Inklusion für alle Seiten ein Lernprozess ist und man sich in den unterschiedlichen Kontexten immer wieder neu aufeinander einstellen und voneinander lernen muss. Das bedeutet aber eben auch, dass es nicht reicht, einen Schalter umzulegen und alles ist inklusiv. Es bedarf Zeit und Durchhaltevermögen bis der Satz „Nichts über uns ohne uns!“ auch gelebt wird.

Zur Absicherung wurden im Workshop zunächst Schritte vereinbart, dass eine Satzung mit einem ersten Netzwerk erarbeitet und erstellt wird. In dieser Satzung könnte geregelt werden, dass Vertreter des Netzwerkes in die Ausschüsse entsandt werden und somit politische Entscheidungen aktiv begleiten können. Die Umsetzung der Satzung gestaltete sich jedoch zum jetzigen Zeitpunkt als schwierig. Nach den Erfahrungen eines für Inklusion ehrenamtlich Tätigen aus der Nachbargemeinde Senden sollte die Satzungserarbeitung nicht vorrangigstes Ziel sein. Mittlerweile haben auch einige Vertreter des Workshops zunächst andere Prioritäten gesetzt, wobei zu einem späteren Zeitpunkt sicherlich auch die Erstellung eines Satzungsentwurfes stehen kann und somit das Ziel nicht aus den Augen verloren wird.

Es gilt jetzt weitere Empfehlungen aus dem Workshop umzusetzen und ein starkes Netzwerk aufzubauen. Dieses Netzwerk „Selbstbestimmt leben in Billerbeck“ ist seit Mitte des Jahres tätig und setzt sich aktuell aus unterschiedlichen Menschen mit und ohne Behinderungen zusammen und kann jederzeit durch weitere interessierte Bürger erweitert werden. Dieses Netzwerk könnte später auch in der Gründung einer politischen Interessenvertretung (zum Beispiel in einen Behindertenbeirat) münden. Aus dem Workshop ergab sich auch, dass Netzwerkmitglieder an der Ausschussarbeit beteiligt werden sollen.

Mittlerweile ist ebenfalls die eine Anlaufstelle innerhalb der Verwaltung von der Bürgermeisterin in Person von Frau Susanne Pölling bestimmt worden. Sie kümmert sich um die Pflege des Netzwerkes und übt auch eine Lotsenfunktion für Menschen mit Behinderungen aus.

Gemeinsam trifft sich das Netzwerk mit Vertretern der Verwaltung in regelmäßigen Abständen. Das Abstellen einiger festgestellter Defizite aus dem Workshop wurde bereits umgesetzt bzw. ist im Prozess der Umsetzung. Beispielweise wird an der Öffentlichkeitsarbeit gearbeitet (Pressemitteilungen, gemeinsamer Pressetermin auf dem Stadtfest mit dem Sozialverband VdK, Erarbeitung eines gemeinsamen Logos zum Zwecke der Wiedererkennung). Auch wurde eine visuelle Hilfe auf der städtischen Website mit dem Programm Eye-Able installiert. Hiermit ist es insbesondere den sehingeschränkten Bürgern selbständig möglich, den städtischen Internetauftritt ihren jeweiligen Sehfähigkeiten anzupassen. Außerdem ist es dem Netzwerk wichtig, mit den örtlichen Vereinen und Verbänden in Kontakt zu treten. Es fand deshalb schon ein erstes Treffen mit der Freilichtbühne statt, wo dem Netzwerk die dortige neue Induktionsschleife und der behindertengerechte Aufzug vorgestellt worden ist.

Weitere Ideen werden in der Sitzung vorgestellt.

Im Auftrag

Martin Struffert
Fachbereichsleiter

Marion Dirks
Bürgermeisterin

